

Verwaltung

Herr Nürnberger	Erster Beigeordneter, Dezernat 5
Frau Krutwage	Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
Frau Aron	Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
Frau Dr. Strate-Schneider	Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt
Frau Dresler	Amt für soziale Leistungen -Sozialamt- (zu TOP 12)
Herr Queste	Amt für soziale Leistungen -Sozialamt- (zu TOP 10)
Frau Gäbel	Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention (zu TOP 11)
Herr Möller	Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention (zu TOP 8)
Herr Palma	Stab Dezernat 5
Frau Riemann	Stab Dezernat 3
Herr Hiltawsky	Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-

Schriftführung

Frau Mülöt	Amt für soziale Leistungen -Sozialamt-
------------	--

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt die Anwesenden zur 11. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses (SGA) und stellt die form- und fristgerechte Einladung zu dieser Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Unter Hinweis auf die beiden Tischvorlagen schlägt Vorsitzende Frau Gorsler vor, die Tagesordnung um zwei Punkte zu erweitern:

- TOP 14.1: „Informations-Kampagne (Antrag der LiB vom 23.11.2021)“, Vorlage Drucks.-Nr. 2968/2020-2025
- TOP 14.2: „Schließung des Weihnachtsmarktes Bielefeld (Antrag der LiB vom 23.11.2021)“, Vorlage Drucks.-Nr. 2969/2020-2025

Herr Weber und Herr Copertino beantragen im Namen der CDU-Fraktion, die Vorlagen zu TOP 12 „Umsetzung des Case Managements im Rahmen des Kommunalen Integrationsmanagements“ und zu TOP 16 „Umsetzung der Mobilitätsstrategie 2030 (...)“ heute nur in 1. Lesung zu beraten, da noch fraktionsinterner Beratungsbedarf bestehe.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

1. Die Tagesordnung wird wie folgt erweitert:
 - TOP 14.1: „Informations-Kampagne (Antrag der LiB vom 23.11.2021)“, Drucks. 2968/2020-2025
 - TOP 14.2: „Schließung des Weihnachtsmarktes Bielefeld (Antrag der LiB vom 23.11.2021)“, Drucks. 2969/2020-2025
2. Folgende Tagesordnungspunkte werden in 1. Lesung beraten:
 - TOP 12: „Umsetzung des Case Managements im Rahmen des Kommunalen Integrationsmanagements“, Vorlage Drucks. 2859/2020-2025
 - TOP 16: „Umsetzung der Mobilitätsstrategie 2030 (...)“, Vorlage Drucks. 2596/2020-2025.

- einstimmig beschlossen -

Hinweis der Schriftführung:

*Zunächst erfolgt die Beratung zu TOP 14 „Sachstand Corona“,
die Protokollierung erfolgt unter dem Tagesordnungspunkt.*

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 10. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 26.10.2021

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 10. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 26.10.2021 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig angenommen -

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Glücksspielstaatsvertrag 2021

Der Ausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Beratungsstellen "Nadeschda" und "Theodora"- Entwicklung einer Regelfinanzierung für die Beratungsstellen

Der Ausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 2.3 Vorstellung der zielgruppenspezifischen Streetwork

Der Ausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

Anfragen liegen nicht vor.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

Zu Punkt 4.1 WLAN-Ausstattung in Obdachlosenunterkünften der Stadt Bielefeld verbessern (2. Lesung)

Beratungsgrundlagen:

Drucksachennummern: 2463/2020-2025/1

2857/2020-2025 (siehe TOP 4.1.1)

Herr Eilmes erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag grundsätzlich befürworte. Allerdings kritisiere er die Art der Formulierung in der Informationsvorlage (Drucksache 2857/2020-2025). Die betroffenen Menschen befänden sich in einer Notlage und kämen nicht in die Unterkünfte, um sich einen Rückzugsort mit Freizeitmöglichkeiten zu suchen. Er sehe auch nicht die Selbsthilfemechanismen in Gefahr, wenn dort für die Besucher*innen kostenlose WLAN-Anschlüsse zur Verfügung stünden.

Auf Nachfrage von Herrn Weber erklärt Frau Krutwage, dass eine Berichtserstattung erfolge, sobald die Kostenkalkulation der BGW vorliege. Sie gehe davon aus, dass sich dieser Ausschuss Anfang 2022 wieder mit diesem Thema befassen werde.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.1.1 Informationen zur W-LAN-Ausstattung in den städtischen Unterkünften für wohnungslose Menschen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2857/2020-2025

Hinweis der Schriftführung: dieser TOP wurde gemeinsam mit TOP 4.1 beraten und protokolliert.

Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Ausstattung städtischer Gebäude mit Defibrillatoren oder anderer lebensrettender Infrastruktur

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2851/2020-2025

Herr Hood befürwortet die Befassung mit diesem Thema. Er schlägt vor, dass in einem ersten Schritt die Verwaltung prüfe, wo genau die Geräte sinnvoll angebracht werden könnten, welche Kosten dafür entstünden und welche Voraussetzungen gegeben sein müssten.

Herr Detlefsen erklärt, dass auch er dieses Thema unterstütze. Zur Frage der Notwendigkeit der Schulung von Menschen zur Bedienung der Defibrillatoren weist er darauf hin, dass dies inzwischen Bestandteil von Erste-Hilfe-Schulungen sei. Er berichtet außerdem, dass alternativ die Möglichkeit bestehe, diese Geräte zu leasen. Die Firma übernehme dann auch die Nachsorge und Kontrolle der Geräte.

Herr Hood schlägt vor, den Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung der vorgetragenen Anmerkungen wie folgt zu verändern:

„Der Sozial- und Gesundheitsausschuss bittet die Verwaltung, für die Stadt Bielefeld ein Konzept zu beauftragen, insbesondere unter Berücksichtigung der Fragen, an welchen Orten, unter welchen Rahmenbedingungen und zu welchen Kosten Defibrillatoren oder andere lebensrettende Infrastrukturen vorgehalten werden können.“

Vorsitzende Frau Gorsler bittet um Abstimmung.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden, vom Beschlussvorschlag **abweichenden Beschluss** (Änderungen in *kursiv*):

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss bittet die Verwaltung, für die Stadt Bielefeld ein Konzept zu beauftragen, insbesondere unter Berücksichtigung der Fragen, an welchen Orten, unter welchen Rahmenbedingungen und zu welchen Kosten Defibrillatoren oder andere lebensrettende Infrastrukturen vorgehalten werden können.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5

Ergebnisse des Organisationsentwicklungsprozesses des Jobcenters Bielefeld

Anhand einer Präsentation erläutert Herr Radloff die Ergebnisse des Organisationsentwicklungsprozesses des Jobcenters Bielefeld (*Hinweis der Schriftführung: die Präsentation ist als PDF-Version im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme eingestellt.*). Zu diesem Thema stehe außerdem ein kurzer Film zur Verfügung, der unter dem folgenden Link angesehen werden könne: <https://m.youtube.com/watch?v=eG0eOo7-Eno>.

Vorsitzende Frau Gorsler bedankt sich für die Ausführungen. Die Neuorganisation unter Beteiligung der Mitarbeiter*innen und Kund*innen mit dem Ziel einer deutlich stärkeren Kundenorientierung sei eine Besonderheit in NRW.

Herr Gugat dankt für den Vortrag. Er fragt, ob eine fortlaufende Evaluation geplant sei. Dazu erläutert Herr Radloff, dass die neue Organisation zunächst sechs Monate lang erprobt werde, um dann voraussichtlich im April 2022 eine Evaluation zu beginnen. Daneben werde ständig überprüft, wo nachgesteuert werden und welche Schnittstellenoptimierung vorgenommen werden müsse.

Herr Fluhme fragt, wie lange neue Kund*innen vom Aufnahmeteam betreut würden, bevor sie an ein anderes Team weitergeleitet würden. Herr Radloff erklärt, dass im Geldleistungsbereich die Fallabgabe ins Backoffice nach Bewilligung des Antrages erfolge. Im Bereich Beratung und Vermittlung werde zunächst der explizite Bedarf der Kund*innen festgestellt, bevor sie weitergeleitet würden. Dieses nehme etwa ein Vierteljahr in Anspruch.

Herr Hood kritisiert, dass während des Lockdowns aufgrund der Corona-Pandemie das Jobcenter nur sehr schwer und eingeschränkt erreichbar gewesen sei und Ansprechpartner*innen oft nicht zur Verfügung gestanden hätten. Er bitte dringend darum, dass die Erreichbarkeit sichergestellt werde. Herr Radloff entgegnet, dass das Jobcenter durchgehend erreichbar gewesen sei. Möglicherweise könnten Menschen, die in der deutschen Sprache nicht sicher seien, Schwierigkeiten gehabt haben, ihre Anliegen telefonisch zu klären. Inzwischen sei das Jobcenter - aktuell unter Einhaltung der 3G-Regel - wieder für Besucher*innen geöffnet. Ein Testzentrum befinde sich direkt neben dem Gebäude.

Frau Beier fragt nach der Einordnung dieser Neuorganisation im Vergleich

zu anderen Jobcentern in NRW. Herr Radloff erklärt, dass die Jobcenter in NRW allgemein diskutierten, wie sie sich kundenfreundlicher und mit einer größeren Kundenorientierung organisieren könnten. Die Befragung und Einbindung der Mitarbeiter*innen und Kund*innen in den Prozess sei eine Initiative des Jobcenters Bielefeld gewesen, die kein anderes Jobcenter so durchgeführt habe. Insofern sei dies ein Pilotprojekt mit besonderer Ausrichtung und dem Ziel, auch bei den Mitarbeiter*innen eine gemeinsame Haltungsänderung zu bewirken: weniger als Ordnungsbehörde, sondern mehr als sozialer Dienstleister zu agieren.

Vorsitzende Frau Gorsler bedankt sich für die Ausführungen.

--

Zu Punkt 6 **Bundesprogramm rehapro**

Herr Alex erläutert anhand einer Präsentation das Modellprojekt im Rahmen des Bundesprogramms „Innovative Wege zur Teilhabe am Arbeitsleben - rehapro“ (*Hinweis der Schriftführung: die Präsentation ist als PDF-Version im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme eingestellt*). Die Zielgruppe der Menschen unter 25 Jahren mit einer psychischen Erkrankung werde immer größer. Es sei wichtig, diese Menschen so früh wie möglich anzusprechen, zu beraten und zu coachen.

Fragen über die Präsentation hinaus werden nicht gestellt.

Vorsitzende Frau Gorsler dankt Herrn Alex für den Bericht.

--

Zu Punkt 7 **Teilhabechancengesetz – Fortsetzung des Programms**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2565/2020-2025

Herr Hood erklärt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass diese die Weiterführung des Programms grundsätzlich befürworte. Er bittet um eine kurze Erläuterung zu der Reduzierung von 101 auf 70 Stellen. Außerdem regt er an, dass die Verwaltung einen Bericht über die bisherigen Erfahrungen, die Arbeitsfelder und Stellenanteile erstelle, um einen inhaltlichen Überblick zu erhalten.

Frau Beier fragt unter Bezug auf die Ausführungen von Herrn Hood, was die Reduzierung der Stellen für die Stadt Bielefeld bedeuteten.

Beigeordneter Herr Nürnberger erläutert, dass bei der Stadtverwaltung trotz Werbung lediglich 70 Einsatzstellen hätten geschaffen werden können. Die weiteren Erklärungen ergäben sich aus der Vorlage. Er sagt die Erstellung eines genaueren Berichts über die bisherigen Erfahrungen zu.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt:

1. Zur Umsetzung des Teilhabechancengesetzes wird das System der Ausgleichszahlungen für Beschäftigungen nach § 16i Zweites Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) im gemeinnützigen Bereich und bei der Stadt Bielefeld in unveränderter Höhe bis 2029 fortgesetzt.
2. Die im Stellenplan zentral beim Amt für Personal geführten 101 Stellen werden ab 2023 auf 70 reduziert.
3. Die Verwaltung wird auch künftig über die Entwicklung des Programms berichten und ggf. Vorschläge zur Nachsteuerung unterbreiten.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Aktionsplan Inklusion in Bielefeld 2021

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2748/2020-2025

Herr Möller erläutert anhand einer Präsentation den Aktionsplan Inklusion in Bielefeld 2021 (*Hinweis der Schriftführung: die Präsentation ist als PDF-Version im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme eingestellt.*). Die beiden im Rahmen der Präsentation gezeigten Filme stünden unter den folgenden Links zur Verfügung:

<https://www.bielefeld.de/node/14612> (Trailer zum Impulstag UN-BRK):
[BABI - Wegweiser Wohnen \(Barrierefrei\) - YouTube](#) (Wegweiser Wohnen).

Vorsitzende Frau Gorsler dankt Herrn Möller für die Ausführungen.

Frau Weißenfeld merkt an, es sei ihr sehr wichtig, dass die Menschen mit Behinderung im Rahmen des geplanten Fachforums für inklusive Wohnprojekte mit einbezogen und ihre tatsächlichen Bedarfe festgestellt und berücksichtigt würden.

Herr Dr. Sander berichtet aus eigener Erfahrung von so genannten „spontanen“ Hindernissen (z. B. Baustellen, auf Gehwegen abgestellte E-Scooter, schlecht geparkte Lieferwagen), die in den üblichen Stadtplänen nicht abgebildet werden könnten. Er fragt, ob es in der Verwaltung Ideen dazu gebe, über solche Barrieren in irgendeiner Form kurzfristig zu informieren.

Herr Möller berichtet, dass seine Kollegin Frau Rüweler sich im Rahmen der Inklusionsplanung mit der Digitalisierung beschäftigt. In diesem Zusammenhang sei geplant, einen digitalen Stadtplan zu entwickeln, der möglicherweise interaktiv bedient werden könnte, so dass diese „spontanen“ Hindernisse zeitnah als „Live-Tracking“ eingestellt werden könnten.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 9

Weiterführung des Projektes für wohnungslose Menschen in der Ernst-Rein-Straße

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2856/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt:

1. Das Unterbringungs- und Betreuungsangebot für einheimische Wohnungslose mit besonderem Hilfebedarf in der Ernst-Rein-Straße wird bis zum 30.04.2025 weitergeführt.
2. Das Angebot soll in diesem Zeitraum wie folgt weiterentwickelt werden:
 - a. Die bisherige vertragliche Vereinbarung mit Bethel.regional wird bis zum 31.12.2022 fortgeführt. Zum 01.01.2023 wird die Finanzierung - zunächst befristet bis zum 30.04.2025 - in das System der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen überführt.
 - b. Die Verwaltung erarbeitet mit den Projektpartnern Bethel.regional und BGW eine Perspektive zur Verstetigung dieses Angebotes für wohnungslose Menschen und legt das Konzept den politischen Gremien zur Beschlussfassung vor.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

Psychologische Beratungsstellen – Ergebnisse des Prüfauftrags gemäß Beschluss des SGA vom 15.06.2021

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2871/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Queste.

Herr Queste erläutert anhand einer Präsentation die Ergebnisse der Umfrage zu pandemiebedingten Veränderungen bei den Psychologischen Beratungsstellen (*Hinweis der Schriftführung: die Präsentation ist als PDF-Version im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme eingestellt.*)

Herr Klein fragt nach der Ursache, warum nur etwa 50% der Beratungsstellen auf die Umfrage reagiert hätten. Dazu erklärt Herr Queste, dass insgesamt 35 Beratungsangebote der Bereiche Jugend, Sucht und Eingliederungshilfe angeschrieben worden seien. Möglicherweise gehöre ein großer Teil der Angebote vorrangig zum Bereich sozialer und nicht psychischer Beratung. Andere Gründe seien ihm nicht bekannt.

Auf Nachfrage von Frau Rammert zu den noch nicht genutzten Mitteln des Corona-Aktionsplanes führt Herr Queste aus, dass für einige Angebote vss. in 2022 die Förderung auslaufen werde und die Mittel für die weitere Sicherstellung dieser bereits bestehenden Beratungsleistungen eingesetzt werden sollten.

Vorsitzende Frau Gorsler dankt Herrn Queste für die Ausführungen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11

Übersicht über Rechercheergebnisse zum sogenannten „Grauen Pflegemarkt“

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2878/2020-2025

Frau Beier dankt Frau Gäbel für die Erstellung der Übersicht. Sie geht auf zwei Punkte ein. Zum einen habe laut Bericht die Verbraucherzentrale NRW mit Sitz in Bielefeld ihre Bereitschaft signalisiert, in einem Projekt weitere Zahlen für Bielefeld zu erheben. Frau Beier möchte wissen, ob diese Idee von der Stadt unterstützt werde. Zum anderen sei aus den bisherigen Erkenntnissen das Fazit gezogen worden, dass ein hoher Bedarf an unabhängiger Beratung bestehe. Das genannte Angebot von CariFair helfe in Bielefeld jedoch nicht weiter, da dieser Träger lediglich in Paderborn und Gütersloh seine Leistungen anbiete. Der Bericht lasse etliche Fragen offen und man müsse sich sicherlich auch in Zukunft weiter mit diesem Thema beschäftigen.

Frau Gäbel antwortet, dass der Kontakt mit der Verbraucherzentrale in Bielefeld nur sehr kurz stattgefunden habe. Die Bereitschaft zur weiteren Erhebung von Zahlen sei vorhanden, sofern die Stadt Bielefeld die dafür benötigten Kosten bereitstelle. Zunächst müsse daher die Finanzierung geklärt werden.

Abschließend bedankt sich Vorsitzende Frau Gorsler bei Frau Gäbel für die Recherche und die Übersicht der Ergebnisse.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 12

Umsetzung des Case Managements im Rahmen des Kommunalen Integrationsmanagements

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2859/2020-2025

Der Ausschuss nimmt die Vorlage in 1. Lesung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 13

Sprach- und Kulturmittler*innen - Fortsetzung für das Jahr 2022

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2542/2020-2025

Ohne Aussprache fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt:

- 1. Die Arbeit der Sprach- und Kulturmittler*innen wird bis zum 31.12.2022 fortgeführt.**
- 2. Die hierfür anfallenden Kosten von ca. 5.000 € werden aus dem Integrationsbudget finanziert.**

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14

Corona-Pandemie - Aktueller Sachstand

Beratungsgrundlagen:

Drucksachenummern:

2968/2020-2025 (Antrag der LiB Informations-Kampagne, vgl. TOP 14.1)

2969/2020-2025 (Antrag der LiB Schließung Weihnachtsmarkt, vgl. TOP 14.2)

Beigeordneter Herr Nürnberger berichtet zur aktuellen Situation.

Die Infektionslage in Bielefeld habe sich stark verschlechtert. Die 7-Tage-Inzidenz liege heute bei ca. 300. Die Inzidenz sei in der Gruppe der Kinder und Jugendlichen im Alter von fünf bis 14 Jahren deutlich höher als in den nachfolgenden Altersgruppen. Ursache dafür sei unter anderem, dass diese Gruppe oft und regelmäßig getestet werde. Innerhalb der Schulen seien zunehmend kleinere Cluster aufgetreten. Zurzeit seien insgesamt 156 Klassen betroffen; rund 200 Kinder von insgesamt ca. 55.000 Schüler*innen in Bielefeld hätten sich mit Corona infiziert. Weitere Cluster gebe es in Krankenhäusern. Insbesondere das Ev. Klinikum Bethel - Johannesstift sei betroffen. Dort werde nun nach einem sehr guten Notfallplan vorgegangen, der mit Unterstützung des Gesundheitsamtes erarbeitet worden sei. Dieser Notfallplan könne bei Bedarf anderen Krankenhäusern als Muster zur Verfügung gestellt werden.

Zum Thema Testen erläutert Beigeordneter Herr Nürnberger, dass nach Aufhebung der Kostenpflicht die Testangebote mit über 25.000 Testungen pro Woche wieder gut wahrgenommen würden. Die Kostenpflicht für Tests habe dazu geführt, dass sich deutlich mehr Menschen hätten impfen lassen.

Beigeordneter Herr Nürnberger berichtet, dass an der Impfstation an der Radrennbahn durchschnittlich 700 bis 800 Menschen pro Tag - mittlerweile ohne größere Wartezeiten - geimpft würden. Nach wie vor würden auch die mobilen Impfstationen gut angenommen. Diese würden auch weiterhin

in verschiedenen Stadtteilen eingesetzt, wie beispielsweise Anfang Dezember in Jöllenbeck. Die Organisation werde immer wieder angepasst und optimiert. Darüber hinaus werde ab dem 06.12.2021 die Ausstellungshalle der Stadthalle wieder angemietet, um voraussichtlich ab dem 09.12.2021 auf insgesamt acht bis maximal zehn Impfstraßen täglich 1.500 bis 2.000 Impfungen durchführen zu können. Beigeordneter Herr Nürnberger spricht der Stadthalle Bielefeld Betriebs GmbH seinen ausdrücklichen Dank dafür aus, dass die Stadt Bielefeld diese Räumlichkeiten erneut anbieten könne.

Nach dem aktuellen Erlass des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (MAGS NRW) sei es den Kommunen nun erlaubt, Dritte mit dem Impfen zu beauftragen. Im Auftrag der Stadt Bielefeld werde daher die Patienten Versorgung Management GmbH (PVM) zusätzlich drei Impfstationen einrichten: in Brackwede auf dem Gelände von Ikea, in der Innenstadt im Loom und an der Universität Bielefeld.

Beigeordneter Herr Nürnberger erklärt, er sei optimistisch, dass etwa ab Mitte Dezember in Bielefeld insgesamt zwischen 4.000 und 5.000 Impfungen pro Tag durchgeführt werden könnten. Dies mache Hoffnung, auch viele Menschen schnell boostern zu können.

Als Reaktion auf die steigenden Inzidenzen in Bielefeld habe der Krisenstab heute entschieden, die Pflicht zum Tragen einer medizinischen Maske für bestimmte Bereiche der Innenstadt und auf dem Weihnachtsmarkt wieder einzuführen. Zwar sei das Infektionsrisiko draußen deutlich geringer als in Innenräumen. Angesichts der großen Menschenmassen sei das Tragen einer medizinischen Maske notwendig. Die Maskenpflicht bestehe Montag bis Samstag von 11 bis 22 Uhr und Sonntag von 11 bis 19 Uhr. Die Maskenpflicht werde in der voraussichtlich ab dem 26.11.2021 geltenden neuen Allgemeinverfügung umgesetzt.

Im Hinblick auf den Antrag der LiB auf Schließung des Weihnachtsmarktes erklärt Beigeordneter Herr Nürnberger, dass die Infektionsentwicklung weiterhin genau beobachtet werde. Der Besuch des Weihnachtsmarktes mit einem 2G-Nachweis werde sehr stark kontrolliert. Diskutiere man über eine Schließung des Weihnachtsmarktes, müssten auch Fußballstadien, der Einzelhandel, Diskotheken und Ähnliches in die Überlegungen einbezogen werden.

Herr Gugat fragt, ob es Planungen gebe, für die Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung ein Impfangebot vorzuhalten. Er weist außerdem darauf hin, dass nach der Empfehlung der Ständigen Impfkommission voraussichtlich ab dem 20.12.2021 auch Kinder von fünf bis zwölf Jahren geimpft werden dürften. Herr Gugat möchte wissen, ob für Eltern, die ihre Kinder schon vor diesem Termin impfen lassen möchten, entsprechende Möglichkeiten zum Beispiel im Impfzentrum bekämen. In diesem Zusammenhang bedanke er sich ausdrücklich bei der Stadtverwaltung, dem Krisenstab, und den ausführenden Kräften ASB, DRK und JUH für ihren Einsatz, um die Impfkampagne voran zu treiben.

Herr Copertino spricht ebenfalls seinen Dank insbesondere den ehrenamtlichen Helfer*innen aus, die das mobile Impfen ermöglichten. Die erneute Öffnung des Impfzentrums, das Angebot an mobilen Impfstationen und die Maskenpflicht, die dem Schutz aller diene, seien positive Signale.

Sodann begründet Herr Gugat seine beiden Anträge.

Informations-Kampagne (TOP 14.1, Drucks. 2968/2020-2025):

Herr Gugat erklärt, mit diesem Antrag verfolge er das Anliegen, alle in Bielefeld lebenden Menschen mit den notwendigen Informationen zu versorgen und plädiere dafür, diese schriftlich in den relevanten Sprachen, auch in Leichter Sprache, zu verfassen.

Frau Weißenfeld weist auf die schon jetzt hohe Impfquote in Bielefeld hin. Ihrer Meinung nach sei der Versand von Informationsmaterial nicht hilfreich. Impfgegner würden auf diese Weise nicht erreicht. Die SPD-Fraktion werde diesem Antrag daher nicht zustimmen. Darüber hinaus spreche sie sich für die Einführung einer Impfpflicht aus.

Herr Hood erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diesem Antrag nicht zustimmen werde. Er verweist u. a. auf die Corona-Warn-App, die als Nachrichteninstrument genutzt werden könne. Es sollten darüber hinaus alle zur Verfügung stehenden Kanäle genutzt werden, um die wichtigen Informationen zu Corona, dem Impfen und Testen zu verbreiten. Möglicherweise sei es hilfreicher, explizit in bestimmten Stadtteilen Informationsmaterial zu verteilen.

Herr Copertino signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion zu diesem Antrag. Er halte es für wichtig, möglichst alle Menschen zu erreichen, um über Corona und das Impfen zu informieren.

Schließung des Weihnachtsmarktes (TOP 14.2, Drucks. 2969/2020-2025):

Herr Gugat führt aus, dass der Sozial- und Gesundheitsausschuss (SGA) sicherlich nicht berechtigt sei, über eine Schließung des Weihnachtsmarktes zu entscheiden. Als Fachausschuss für Gesundheit sei er aber in der Lage, gesundheitspolitische Gründe für eine Entscheidung darzustellen. Aus Sicht der Betreiber der Weihnachtsmarkt-Buden sei die Durchführung des Weihnachtsmarktes extrem wichtig, aus Gründen des Infektionsrisikos seiner Meinung nach jedoch unverantwortlich.

Frau Weißenfeld fügt hinzu, dass für die Entscheidung über eine Schließung des Weihnachtsmarktes ihrer Meinung nach nicht der SGA, sondern der Ältestenrat zuständig sei. Es müsse genau geprüft werden, an welcher Stelle der Betrieb des Weihnachtsmarktes unter Einhaltung welcher Vorgaben und Regeln aufrechterhalten werden könne. Auch diesem Antrag werde die SPD-Fraktion nicht zustimmen.

Herr Hood befürwortet die Maskenpflicht auf dem Weihnachtsmarkt. Auch er plädiere für eine Entscheidung über den Antrag auf Schließung des Weihnachtsmarktes durch den Ältestenrat. Die Fraktion Bündnis 90/die Grünen werde diesem Antrag daher nicht zustimmen.

Herr Copertino berichtet, dass der Weihnachtsmarkt und die Innenstadt am Wochenende voller Menschen gewesen seien, die sich dort oft ohne den notwendigen Abstand aufgehalten hätten. Dies mache ihm Sorgen. Gleichzeitig sehe er die Notwendigkeit, dass die Betreiber der Weihnachtsmarkt-Buden ihre Waren anbieten müssten. Bei einer Schließung des Weihnachtsmarktes durch die Stadt Bielefeld kämen voraussichtlich Regressansprüche der Betreiber der Weihnachtsmarkt-Buden auf die Stadt zu. Aus seiner Sicht könne der SGA in seiner Funktion als Fachausschuss nur an

den Oberbürgermeister appellieren, dass dieser seiner Verantwortung gerecht werde und zusammen mit dem Ältestenrat über diesen Antrag entscheide.

Frau Rammert fragt nach der voraussichtlichen Höhe von Regressforderungen. Darüber hinaus regt sie an, die Corona-Hotline des Gesundheitsamtes über 18:00 Uhr hinaus auszuweiten. Außerdem sehe sie Verbesserungsbedarf in der Kommunikation zwischen PVM, dem Hausarzt/der Hausärztin und dem Gesundheitsamt. Weiterhin merkt sie an, dass die Luca-Codes nicht immer aktualisiert worden seien. Die Nutzungshäufigkeit dieser App müsse ihrer Meinung nach erhöht werden, da sich viele Menschen im Falle eines positiven Corona-Tests nicht eigenverantwortlich selbst beim Gesundheitsamt meldeten, sondern sich auf die App verließen.

Herr Dr. Sander weist darauf hin, es sei wissenschaftlich bewiesen, dass an der frischen Luft ein nur geringes Ansteckungsrisiko bestehe. Bei der Entscheidung über eine Schließung des Weihnachtsmarktes müsse dies berücksichtigt werden. Generell sollte seiner Meinung nach der Fokus auf der Überprüfung der Sinnhaftigkeit von Maßnahmen und Regeln liegen, nicht auf der Ahndung der Verstöße gegen die Regeln. Bezogen auf die angesprochenen Regressansprüche weist Herr Dr. Sander darauf hin, dass es in erster Linie um die konkrete Situation der Händler gehe. Bis zur Durchsetzung möglicher Regressansprüche vergehe viel Zeit, in der die Händler um ihre Existenz bangten. Darüber hinaus kritisiere er die Überlegungen zur Einführung einer Impfpflicht. Diese sei ursprünglich politisch ausdrücklich ausgeschlossen worden.

Frau Oberbäumer erklärt, dass ihr die 2G-Regelung für den Besuch des Weihnachtsmarktes nicht weit genug gingen. Sie plädiere für die Einführung einer 2G+-Regelung. Sie wünsche sich von der Verwaltung das Statement, dass von dem Besuch des Weihnachtsmarktes eine Gefahr ausgehe und daher dringend die Kontakte eingeschränkt werden müssten. Für den Fall, dass der Antrag von Herrn Gugat auf Schließung des Weihnachtsmarktes abgelehnt würde, stelle sie daher folgende **Anträge**:

- 1. Die Weihnachtsmarkt-Buden, die Lebensmittel und Getränke verkaufen, werden geschlossen.**
- 2. Der SGA empfiehlt der Verwaltung, darüber zu nachzudenken, ob die 2G+-Regelung auf dem Weihnachtsmarkt eingeführt werden kann.**

Herr Detlefsen spricht sich im Namen der FDP-Fraktion aufgrund der dargestellten Schadensersatzpflicht der Stadt gegen den Antrag auf Schließung des Weihnachtsmarktes aus. Er befürworte, Alternativen zur Schließung zu suchen.

Beigeordneter Herr Nürnberger geht auf die Fragen und Anmerkungen wie folgt ein:

- Die weiteren Entscheidungen hinsichtlich einer Impfung für Kinder beobachte man sehr genau und bereite geeignete Angebote vor.
- Laut Veranstalter kämen auf die Stadt Bielefeld im Falle der Schließung des Weihnachtsmarktes voraussichtlich Regressforderungen in Höhe eines mittleren einstelligen Millionenbetrages zu.
- Zur Kritik an der Luca-App weist Beigeordneter Herr Nürnberger darauf hin, dass die Registrierungspflicht nicht mehr bestehe.
- Durch die Maskenpflicht werde das Infektionsrisiko deutlich reduziert.

- Zur allgemeinen Diskussion über die Impfpflicht erklärt Beigeordneter Herr Nürnberger, dass sich grundsätzlich politische Meinungen als Reaktion auf neue Entwicklungen ändern könnten und solche Meinungsänderungen nicht auszuschließen seien.
- In ausgewählten Bezirken werde über die mobilen Impfangebote weiterhin vorab durch Verteilung von Flyern an die Haushalte informiert.

Herr Gugat appelliert daran, als Fachausschusses für Gesundheit dem Ältestenrat gegenüber ein Statement abzugeben. Er schlägt vor, dass der Antrag der LiB auf Schließung des Weihnachtsmarktes unter Berücksichtigung der genannten Vorschläge und Anmerkungen umformuliert werde und bittet dazu um Unterbrechung der Sitzung. Die Anwesenden erklären sich einverstanden.

Es folgt eine Sitzungsunterbrechung von 18:10 Uhr bis 18:15 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärt Herr Hood, dass sich die anwesenden SGA-Mitglieder der Fraktionen, Gruppen und Einzelvertreter*innen mit Ausnahme der AfD auf folgende Umformulierung des Antrags der LiB (TOP 14.2, Drucks. 2969/2020-2025) verständigt hätten:

„Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beauftragt die Verwaltung, weitere Einschränkungen für den Weihnachtsmarkt (2G+, Einschränkung der Öffnungszeiten, Begrenzung der Verzehrstände etc.) zu prüfen und gegebenenfalls, sofern es die Lage erfordert und die rechtlichen Möglichkeiten es zulassen, den Weihnachtsmarkt zu schließen.“

Herr Dr. Sander erklärt ausdrücklich, dass er sich an der Absprache zu diesem Änderungsantrag nicht beteiligt habe und diesem für die AfD nicht zustimmen werde. Die Händler der Weihnachtsmarkt-Buden würden über ihre Zukunft im Unklaren gelassen, obwohl unter Umständen ihre Existenzen von den Entscheidungen abhängen. Zur Frage der Änderung von politischen Meinungen weist Herr Dr. Sander darauf hin, dass auch eine politische Meinungsänderung möglich sei, man dann aber darauf achten müsse, wie man damit umgehe.

Frau Oberbäumer erklärt, dass sie ihre beiden Änderungsanträge aufgrund des gemeinsamen Antrags zurückziehe, obwohl ihr dieser ausdrücklich nicht weit genug gehe. Dennoch sei es positiv, dass man ein gemeinsames Statement in die richtige Richtung abgebe.

-.-.-

Zu Punkt 14.1 Informations-Kampagne (Antrag der LiB vom 23.11.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2968/2020-2025

Hinweis: Die Beratung und Protokollierung dieses Punktes erfolgte gemeinsam mit TOP 14.2 unter dem TOP 14.

Vorsitzende Frau Gorsler bittet um Abstimmung über den Antrag der LiB und stellt folgendes Ergebnis fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss lehnt die Entwicklung einer schriftlichen Informations-Kampagne zu den Themen Corona allgemein, Impfungen und Booster-Impfungen mit Mehrheit ab.

-.-.-

Zu Punkt 14.2 Schließung des Weihnachtsmarktes Bielefeld (Antrag der LiB vom 23.11.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2969/2020-2025

Hinweis: Die Beratung und Protokollierung dieses Punktes erfolgte gemeinsam mit TOP 14.1 unter dem TOP 14.

Vorsitzende Frau Gorsler bittet nun um Abstimmung über die vorgeschlagene Änderung des Beschlusses.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden, vom Beschlussvorschlag **abweichenden Beschluss**:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beauftragt die Verwaltung, weitere Einschränkungen für den Weihnachtsmarkt (2G+, Einschränkung der Öffnungszeiten, Begrenzung der Verzehrstände etc.) zu prüfen und gegebenenfalls, sofern es die Lage erfordert und die rechtlichen Möglichkeiten es zulassen, den Weihnachtsmarkt zu schließen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag mit großer Mehrheit beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 15 Fachplan Gesundheit für das Quartier Bielefeld Baumheide

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2559/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Dr. Strate-Schneider in Vertretung für Herrn Dr. Schmid.

Frau Dr. Strate-Schneider schlägt vor, dass sie zu Fragen aus dem Plenum Stellung nehme.

Herr Gugat weist darauf hin, dass ein Fachplan mit dem Schwerpunkt Gesundheit auch andere Bereiche der Stadtverwaltung betreffe, die auch mit ihren finanziellen Ressourcen und Fördermöglichkeiten eingebunden werden sollten. Zu Querschnittsthemen werde ein Fachplan für die gesamte Stadtverwaltung benötigt. Der hier vorliegende Fachplan könne insofern als Modellprojekt betrachtet werden.

Frau Beier erklärt, für sie gelte dieser Fachplan für das Quartier Bielefeld Baumheide als fachliche Grundlage für weitere Vorhaben im Rahmen der Gesundheitsförderung und Prävention, auch für den öffentlichen Gesundheitsdienst und auch für andere Stadtteile und Quartiere. Positiv hervorzuheben sei, dass die tatsächlichen Bedürfnisse der dort lebenden Menschen ermittelt worden seien. Im Ergebnis sei klargeworden, dass Gesundheit sehr eng mit der Möglichkeit zusammenhänge, soziale Kontakte zu haben und pflegen zu können. Frau Beier fragt, ob sich die ärztliche Versorgung in diesem Quartier inzwischen verbessert habe.

Frau Weißenfeld merkt an, es sei sehr bedauerlich, dass nach wie vor keine kinderärztliche Praxis in diesem Stadtteil zur Verfügung stehe.

Frau Dr. Strate-Schneider bestätigt, dass die Frage der weiteren Finanzierung sehr wichtig sei. Städtische Mittel würden über den Corona-Aktionsplan in bereits angestoßene Maßnahmen fließen. Ganz wichtig sei auch die Nachhaltigkeit eines Präventionsprojektes. Ziel der Maßnahmen sei der Ausgleich einer gesundheitlichen und sozialen Ungleichheit. Bezogen auf die Anmerkungen von Frau Weißenfeld erklärt sie, dass es sehr schwierig sei, einen Kinderarzt zu finden, da die Erlöschancen in diesem Quartier voraussichtlich geringer seien als in anderen Quartieren.

Vorsitzende Frau Gorsler dankt für die Ausführungen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 16

Umsetzung der Mobilitätsstrategie 2030; hier: Fußverkehrsstrategie - Leitbild und Ziele

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2596/2020-2025

Der Ausschuss nimmt die Vorlage in 1. Lesung zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 17

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist nichts zu berichten.

-.-.-

Vorsitzende Frau Gorsler beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:50 Uhr.

Gez. Sylvia Gorsler (Vorsitzende)

Gez. Rita Mülöt (Schriftführung)